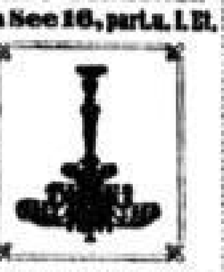
Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.60, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8-5 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11-½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich Eingesandt" 40 Pfg., Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten [illegible] 30 Pfg. und besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Lobeck & Co., Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen. Chocoladen, Cacaos, Desserts. Einzelverkauf Altmarkt 2.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et.



Beleuchtungsgegenstände für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

WEIN-Handlung -Stuben Portikus a. d. Markthalle — Max: Kunath, Wallstr. 8.

C. HESSE ✻ ALTMARKT Königlicher Hoflieferant. Grösstes Specialgeschäft für weibl. Handarbeiten. Hervorragende Neuheiten. Garnirte Brautkissen in allen Preislagen. Reichste Auswahl aller Tapisserie-Materialien.

Modernste Wiener Corsets aus dem berühmten Mieder-Atelier „Palerma" in Wien — Heinrich Plaul, Hoflieferant Wallstr. 25.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17.

Nr. 309. **Spiegel:** Späte Einberufung des Reichstages. Hofnachrichten, Gesammtrathssitzung, Handelskammerwahl, Gewerbeverein. „Untreu", „Der Diener zweier Herren", „College Crampton", Rappoldi-Quartett. | Muthmaßliche Witterung: Unsicher, feucht. | **Mittwoch, 6. November.**

Politisches.

Die späte Berufung des Reichstages kann nicht dazu beitragen, das Maß der Erwartungen, mit denen man der kommenden Tagung entgegensieht, zu erhöhen. Daß man die Vertretung des Volkes im vorigen Jahre erst im Dezember zusammentreten ließ, war durch den plötzlich im Herbst eingetretenen Kanzlerwechsel gerechtfertigt. Man fand es begreiflich, daß die neuen Männer sich mit den zunächst vorliegenden Aufgaben vertraut machen und sich wenigstens einigermaßen in die Regierungsgeschäfte einleben mußten, bevor sie die Verantwortung und Vertretung derselben vor dem Parlament übernahmen. Gegenwärtig liegt aber kein zwingender Grund vor, an der im verflossenen Jahre geübten Praxis festzuhalten; vielmehr hätten schwerwiegende Momente dafür sprechen sollen, den Reichstag so zeitig wie möglich in Aktion treten zu lassen.

Es darf als sicher angenommen werden, daß dem Reichstage ein außergewöhnlich großes Arbeitspensum vorgelegt werden wird, dessen volle Bewältigung selbst dann die äußersten Kraftanstrengungen bis in den Sommer hinein erfordern würde, wenn das Parlament schon Mitte Oktober oder Anfang November einberufen worden wäre. Vor Weihnachten wird der Reichstag günstigenfalls kaum mehr als zwei Wochen berathen können; wahrscheinlich werden aber Diejenigen Recht behalten, welche befürchten, daß vor Weihnachten nicht viel mehr als eine einzige wirkliche Arbeitswoche zur Verfügung stehen wird. Erfahrungsgemäß lassen sich die meisten Volksboten nicht länger als bis Mitte Dezember in der Reichshauptstadt zurückhalten; die Erledigung der Familiengeschäfte, die das Weihnachtsfest mit sich bringt, pflegen sie für dringlicher zu halten, als die Erfüllung der Pflichten, die sie mit dem Reichstagsmandat übernommen haben und die Sehnsucht, zu Hause bei Muttern im Schlafrock hinter dem wärmenden Ofen zu hocken, wirkt bei der Mehrzahl der Reichstagsabgeordneten weit stärker, als die Wichtigkeit der parlamentarischen Arbeiten. Vor einem Jahre waren bei Beginn der Woche vor den Weihnachtsfeiertagen in der Reichstagssitzung kaum 50 Abgeordnete anwesend; schon am Sonnabend vorher war das Haus beschlußunfähig geworden und von verschiedenen Seiten hatte man darauf hingewiesen, daß acht Tage vor Weihnachten die Mehrheit der Volksboten unbedingt Berlin verlassen. Selbst die Berathung der bei Weitem wichtigsten Frage der ganzen vorjährigen Tagung, der Umsturzvorlage, hatte an dieser Gepflogenheit nichts zu ändern vermocht: bereits am 17. Dezember, als die Debatten über diese Vorlage beginnen sollten, sah sich der Präsident infolge der Beschlußunfähigkeit des Hauses genöthigt, eine Vertagung bis zum 8. Januar eintreten zu lassen. Auch diesmal wird es wohl ebenso kommen, wenn die Sozialdemokraten es wiederum in ihrem Interesse für gut befinden sollten, die Feststellung der Beschlußunfähigkeit herbeizuführen. Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung, dem Reichstage sofort nach seinem Zusammentritt am 3. Dezember außer dem Etat die Vorlagen über die Börsenreform und den unlauteren Wettbewerb, die Gewerbenovelle und das Depotgesetz zugehen zu lassen, in der Hoffnung, wie es scheint, daß diese Gegenstände noch vor Weihnachten in erster Berathung erledigt werden können. Diese Hoffnung wird sich aber sicher als eitel erweisen. Wiewohl z. B. die Börsenreform bereits so oft und so gründlich erörtert worden ist, daß es als völlig ausgeschlossen gelten kann, daß ein Redner noch neue Gesichtspunkte zu ihrer Beurtheilung ausfindig zu machen vermag, so werden es sich die Herren Volksboten schwerlich nehmen lassen, das Thema bei der ersten Berathung noch einmal in behaglichster Breite zu behandeln. Wenn also zwei von den genannten Vorlagen vor Weihnachten in erster Lesung berathen werden, so dürfte das immerhin schon als ein recht befriedigendes Ergebniß anzusehen sein.

Ferner wäre die baldige Einberufung des Reichstages auch um deswillen dringend erwünscht gewesen, um das Zusammentagen der beiden größten parlamentarischen Körperschaften, der deutschen Volksvertretung und des preußischen Landtages, auf eine möglichst kurze Zeit zu beschränken. Da beinahe 100 Parlamentarier, und darunter befinden sich naturgemäß die hervorragenden, beiden Körperschaften angehören, so liegt es auf der Hand, daß es für die rasche Erledigung der Geschäfte nicht förderlich sein kann, wenn der Reichstag und das preußische Abgeordnetenhaus gleichzeitig die Arbeitskraft der Doppelmandatare in Anspruch nehmen. Ist es also der Regierung ernstlich darum zu thun, daß das ganze reichhaltige Arbeitspensum, welches sie dem Reichstage vorlegen will, ausgearbeitet wird, so wird sie von vornherein darauf gefaßt sein müssen, daß sich die parlamentarische Tagung bis zum Hochsommer ausdehnt. Nach den bisherigen Erfahrungen ist aber gar nicht daran zu denken, daß der Reichstag, von dessen Leistungsfähigkeit bei seiner gegenwärtigen Zusammensetzung und bei der Schärfe der parteipolitischen Gegensätze ohnehin nicht viel zu erwarten ist, noch über das Frühjahr hinaus eine ersprießliche gesetzgeberische Thätigkeit zu entfalten vermag. Um so weniger schien es daher angezeigt, die Session so spät beginnen zu lassen.

Die Gründe, die von offiziöser Seite für die späte Einberufung des Reichstages angeführt werden, sind nicht stichhaltig. Für die Wahl eines so weit hinausgeschobenen Tages wie des 3. Dezember soll der Umstand maßgebend gewesen sein, daß dem Bundesrath Gelegenheit gegeben werden solle, vor der Eröffnung der neuen Reichstagstagung möglichst alle wichtigeren zur Erledigung bestimmten Gesetzentwürfe und sonstige Vorlagen fertigzustellen. Denn in den letzten Tagungen habe sich namentlich der Umstand empfindlich fühlbar gemacht, daß im Laufe der Session alle möglichen selbst sehr wichtigen Gesetzentwürfe eingingen, an welche man beim Beginn nicht gedacht hatte. Infolgedessen sei ein planvolles Arbeiten unmöglich gemacht worden und gerade hierin sei eine der Ursachen zu suchen gewesen, weshalb die letzten Tagungen so unfruchtbar waren. Werde nunmehr der Haupttheil der in Aussicht genommenen Gesetzentwürfe vor der Eröffnung fertiggestellt und gingen dem Reichstage wenigstens die wichtigsten Entwürfe beim Beginn oder bald nach demselben zu, so sei, falls die Mehrheit überhaupt geneigt dazu ist, mehr Aussicht vorhanden, daß die Vorlagen thatsächlich verabschiedet werden, als wenn sie bei früherem Beginn der Tagung erst im späteren Verlauf derselben zur Berathung und Beschlußfassung gestellt werden. Um diesen gewiß begründeten Erwägungen Rechnung zu tragen, wäre es indeß richtiger gewesen, statt den Zusammentritt des Reichstages so spät hinauszuschieben, den Bundesrath zur Fertigstellung der Gesetzentwürfe eher zusammentreten zu lassen. Das bürgerliche Gesetzbuch wird ja ohnehin erst nach Weihnachten an den Reichstag gelangen und die wichtigsten der übrigen Vorlagen sollten ja schon längst fertig sein. Die Börsenreformvorlage und der Gesetzentwurf zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs hatte man bereits in der letzten Tagung einbringen wollen; man verzichtete aber auf die Berathung in der Ueberzeugung, daß der Reichstag weder die Fähigkeit, noch den Willen mehr besitze, bis in den Hochsommer hinein eine gesetzgeberische Thätigkeit auszuüben. Ganz verfehlt aber ist es, wenn die Regierung, wie offiziös behauptet wird, die Reichstagssession deshalb möglichst spät beginnen lassen will, um den voraussichtlich bevorstehenden unliebsamen Debatten thunlichst aus dem Wege zu gehen. Zweifellos sind sehr scharfe Auseinandersetzungen über die innerpolitischen Vorgänge der letzten Monate im Reichstage zu erwarten. Grundsätzliche Erörterungen über die Regierungspolitik insbesondere der wachsenden sozialrevolutionären Gefahr gegenüber, sowie parteipolitische Streitigkeiten über den Fall Hammerstein, Stöcker ꝛc. werden einen breiten Raum in den Verhandlungen der bevorstehenden parlamentarischen Campagne einnehmen, gleichviel ob die Regierung von vornherein den Reichstag mit der Zeit möglichst knapp zu halten sucht. Der Reichstag wird sich dadurch kaum des Vergnügens berauben lassen, dem Parteihasse Raum zu geben, noch wird er die Regierung in Anbetracht einer beschränkten Sessionsdauer von der Verpflichtung entbinden, zu den wichtigsten Tagesfragen endlich Stellung zu nehmen und Farbe zu bekennen. Durch die späte Einberufung des Reichstages könnte eher das Gegentheil von Dem, was beabsichtigt wird, erreicht werden, daß die so knapp bemessene, aber darum so kostbare Zeit, statt zur Erledigung nützlicher Arbeiten, zur Befriedigung des Parteiegoismus vergeudet wird.

Vor 25 Jahren.

General v. Treskow meldet aus Les Errues vor Belfort vom 6. November, daß die Division zwischen Colmar und Belfort in mehreren kleinen Gefechten Franctireurs vertrieben hat. Am 2. fanden Gefechte gegen Mobilgarde bei Les Errues, bei Rougemont und Petit-Magny statt; in letzteren ließ der Feind allein 5 Offiziere und 103 Mann todt zurück. Am 3. wurde Belfort cernirt und die Verbindung mit General v. Werder hergestellt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 5. November.

Berlin. Der Kaiser nahm heute an der Hubertusjagd im Grunewald theil. — Der König von Portugal hat zahlreiche Persönlichkeiten durch Ordensverleihungen ausgezeichnet. Der Kronprinz erhielt eine äußerst seltene Dekoration, nämlich das vereinigte militärische Große Ehrenzeichen des Christus- und des San Bento d'Aviz-Ordens; den Prinzen Eitel Fritz und Adalbert, sowie dem Prinzen Friedrich von Hohenzollern wurde das Großkreuz des Thurm- und Schwertordens verliehen. Dem Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe überbrachte im Auftrage seines Souveräns der hiesige Gesandte persönlich das obengenannte Großkreuz. Auch eine Dame befindet sich unter den Dekorirten, Freifrau von Marschall erhielt den Orden der heiligen Isabella. — Die Konferenz zur Vorberathung der Revision des Alters- und Invaliditätsgesetzes hielt Vormittag ihre zweite Sitzung. Zu dem Punkt des Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetzes war vom Reichsamt des Innern und Reichsversicherungsamt ein umfänglicher Entwurf eingebracht, der von entscheidender Bedeutung namentlich in finanzieller Hinsicht war. Wie wir hören, ist in dem Entwurf das Markensystem aufrecht erhalten. Die Spezialberathung der einzelnen Bestimmungen wird voraussichtlich die ganze Woche dauern. — Von der Staatsanwaltschaft ist ein Strafantrag gegen den früheren freikonservativen Reichs- und Landtagsabgeordneten Prof. Hans Delbrück gestellt worden und eine Vernehmung Delbrück's bereits erfolgt. Anlaß haben Bemerkungen des Prof. Delbrück in seiner letzten politischen Korrespondenz (preußische Jahrbücher, Oktoberheft) über die Polizei gegeben. Delbrück kommt vor die Brausewetter-Kammer. — Das Studium des Entwurfs des Bürgerlichen Gesetzbuches hat der preußische Kultusminister durch einen besonderen Erlaß den Studirenden an's Herz gelegt. Den Studirenden der Rechte wird der Besuch der Universitäts-Vorlesungen, welche über das Recht des Entwurfs gehalten werden, besonders empfohlen. — Die Zurückberufung des hiesigen türkischen Botschafters Tefwik Pascha nach Konstantinopel steht, wie in der Pforte nahestehenden Kreisen verlautet, mit einem Ministerwechsel im Zusammenhange, bei dem der Pascha Tefwik, der beim Sultan persona gratissima ist, voraussichtlich eine hervorragende Rolle spielen dürfte. — In einer auch in deutsche Blätter übergegangenen Notiz des zu der Kongoregierung in Beziehung stehenden Brüsseler Journals wird bemerkt, daß die deutsche Regierung die englischen Forderungen in der Angelegenheit Stoke's unterstütze, dabei wird von dem genannten Blatte das Bedauern über diese Einmischung Deutschlands und die Drohung ausgesprochen, daß die Kongoregierung in Frankreich gegen das deutsch-englische Zusammengehen eine Stütze suche. Diese Mittheilung des Brüsseler Blattes beruht, wie die Nordd. „Allg. Ztg." konstatirt, auf einer Entstellung der Thatsachen. Die deutsche Regierung unterstützt nicht die englischen Forderungen, sondern macht ihr eigenes Interesse, welches durch den Fall Stoke's entstanden ist, geltend, sie wird ihre gerechten Ansprüche auch durchzusetzen wissen. Daß der Kongostaat bei Frankreich Unterstützung sucht, mag richtig sein, ob er sie finden wird, ist eine andere Frage. In der Verurtheilung, welche die Ermordung Stoke's in der ganzen civilisirten und uncivilisirten Welt gefunden hat, stimmt, soweit uns bekannt, die französische Presse mit den Zeitungen aller Länder überein. — Dem Tageblatt wird aus Sansibar telegraphirt: Der Gouverneur von Deutschostafrika hat dem Sultan von Sansibar einen Besuch abgestattet, worauf dieser dem Major von Wißmann sofort einen Gegenbesuch im deutschen Konsulatsgebäude in Sansibar machte. — Der frühere Redakteur der „Königsberger Volksstimme", zuletzt Annoncensammler für hiesige antisemitische Blätter, Calame, hat sich aus Furcht vor den Folgen finanzieller Unregelmäßigkeiten mit seiner Geliebten im Grunewalde erschossen. Calame hinterläßt in Königsberg Frau und Kinder. — Im benachbarten Neuweißensee erstach ein Tischlergeselle seinen Meister im Streit.

* Berlin. Nach Mittheilung eines Privatkorrespondenten an hiesige Zeitungen wurde in der heutigen Sitzung der Konferenz betreffend die Revision des Alters- und Invaliditätsgesetzes mit der Spezialdebatte des eingebrachten Entwurfs begonnen. Es wurden viele Aenderungen formeller und materieller Natur vorgeschlagen. Das System des Markenklebens wird beibehalten. An der regen Debatte betheiligte sich auch Geheimrath Woedtke.

Berlin. Dr. Kropatscheck veröffentlicht eine längere Erklärung, in welcher er sagt: Am letzten Dezember vor. Jahres wurde mir durch den Vorsitzenden des Komitees der „Kreuzzeitung" mitgetheilt, dem Frhrn. v. Hammerstein sei für den 1. Juli gekündigt. Die Gründe hierzu, soweit ich sie erfuhr, waren bedenkliche Eigenmächtigkeiten in der finanziellen Leitung der Zeitung. Mir selbst war, ohne daß ich genaue Einzelheiten wußte, bekannt geworden, daß der Pensionsfond, auf den ich selbst übrigens mit meinen Ansprüchen nicht angewiesen war, statutenwidrig, aber nicht in seinem persönlichen Interesse, vom Frhrn. v. Hammerstein verwendet sei, daß er viel zu hohe Papierpreise gezahlt habe und gleichzeitig Privatschuldner des Lieferanten geworden sei. Das genügte mir, mich seitdem auf den dienstlichen Verkehr mit Frhrn. v. Hammerstein zu beschränken. Als ich Ende Februar erfuhr, daß dem Hofprediger a. D. Stöcker, der für ihn im Jahre 1885 durch die „Kreuzzeitung" gesammelte Fond noch nicht ganz ausgezahlt sei, Herr v. Hammerstein ihm aber gesagt habe, das Geld sei von einem verstorbenen Beamten der „Kreuzzeitung" unterschlagen worden, konnte ich feststellen, daß Herr v. Hammerstein selbst das Geld gegen noch vorhandene Quittungen an sich genommen habe. Ich machte dem Vorsitzenden des Komitees davon sofort Mittheilung, den damaligen Verleger der Zeitung aber bat ich dringend, mich von meinen kontraktlichen Verpflichtungen zu entbinden. Unter dem ausdrücklichen Hinweis jedoch, daß die Kündigung des Frhrn. v. Hammerstein für den 1. Juli aufrecht erhalten bleibe, hat mich der Verleger, im Interesse der Zeitung auszuharren; sei Herr v. Hammerstein am 1. Juli nicht gegangen, dann sei ich meines Kontraktes entbunden. So blieb ich. Von „Verbrechen" des Frhrn. v. Hammerstein wußte ich bis dahin nichts, denn auch die Zurückhaltung des sogen. Stöcker-Fonds war ein solches nicht, da Herr v. Hammerstein dem Hofprediger Stöcker die zurückgehaltene Summe aus seinen eigenen Mitteln verzinst hatte. Moralisch lag die Sache freilich ganz anders. Daß ich mein Verhältniß zur „Kreuzzeitung", wenn Herr v. Hammerstein über den 1. Juli hinaus bleiben würde, lösen werde, darüber hatte ich stets öffentlich gesprochen. Als dies am 1. Juni in den Blättern stand, forderte mich Herr v. Hammerstein auf, die Nachricht zu desavouiren. Das lehnte ich ab, es als durchaus zutreffend bezeichnend. Ohne daß es zu irgend welchen erregten Scenen gekommen wäre, erklärte Herr v. Hammerstein, daß ich mich sofort als entlassen anzusehen habe. Damit war nun mein Wunsch erfüllt. Nach dem Fortgang des Herrn v. Hammerstein bin ich auf Wunsch des Komitees in meine frühere Stellung wieder eingetreten unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, wenn je wieder Herr v. Hammerstein zur Zeitung in Beziehungen treten sollte, ich sofort sie wieder aufgeben dürfe. Von dem wirklichen Verbrechen des Herrn v. Hammerstein habe ich erst in den letzten Tagen des Juli eine Andeutung, Anfangs August Thatsachen erfahren. Sehr natürlich, denn sie sind ja erst nach seiner Abreise von Berlin dem Komitee bekannt geworden. Hat also der Bürgermeister Meißner den obigen Satz (der heute früh im Tageblatt mitgetheilt wurde) gesprochen, so hat er mich mißverstanden. An die Erklärung Kropatscheck's schließt Major Scheibert die Erklärung, daß er, stets von allen Schritten Kropatscheck's in dieser Sache unterrichtet, ihm durchaus zustimme. Wenn er (Scheibert) schon im Februar sein Verhältniß zur Kreuzzeitung löste, so sei der Grund der, daß er eben in der mißlichen Lage war, an keine kontraktlichen Bestimmungen gebunden zu sein.

Berlin. Die Kreuzerdivision, Kontreadmiral Hoffmann, ist am 4. November in Swatow eingetroffen.

Stettin. Die Landtags-Ersatzwahl in Stolp-Lauenburg für Frhrn. v. Hammerstein findet am 22. November statt.

Altenburg. Der Landtag ist auf den 14. November einberufen worden.

* Dortmund. Reichstags-Stichwahl. Die Wahl Lützenau (soz.-dem.) ist mit großer Mehrheit gegenüber Möller (nat.-lib.) wahrscheinlich.

* Dortmund. Reichstags-Stichwahl. Lützenau (soz.-dem.) ist gewählt mit 23,507 Stimmen; Möller (nat.-lib.) erhielt 21,917 Stimmen. 3 Bezirke stehen noch aus.

Prenzlau. Das Schwurgericht verurtheilte die Giftmörder Kaufmann Springstein und dessen Schwester zum Tode.

München. Wie sich nach den letzten Ermittelungen herausstellt, sind bei dem Gerüsteinsturz (an dem Kuppelbau der neuen Prachtfaçade an der Schwanthalerstraße zwei Arbeiter getödtet, fünf Arbeiter schwer und ein Arbeiter leicht verletzt worden. Es ist festgestellt, daß nur eine vorschriftswidrige Ueberlastung des Gerüstes das Unglück herbeigeführt hat. Der Prinzregent ließ sich sofort von dem Minister des Innern über den Thatbestand und über die Ursache des Unglücks, sowie über das Schicksal der Verunglückten persönlich eingehend berichten. — In dem Bilderdiebstahlprozeß erklärte heute Prof. v. Lenbach, die Angeklagten hätten aus den massenhaft angekauften, noch dazu unvollendeten Bildern schließen müssen, daß dieselben nur auf unrechtmäßige Weise erworben sein könnten. Die Gerüchte über ihn und seine Familie seien absichtlich ausgestreut worden, um eine plausible Erklärung für das Auftauchen so vieler Bilder zu geben, die Signirung sei zum Theil sehr täuschend nachgeahmt. Der Sachverständige, Professor und Conservator Hauser, erklärte gleichfalls, daß die Signa Lenbach's Schrift nachzuahmen suchen. Weitere Vernehmungen erstrecken sich auf die in den früheren Prozessen Verurtheilten, welche über ihre geschäftlichen Beziehungen zu dem Angeklagten Auskunft geben.

Wien. Der „N. Fr. Presse" zufolge wird amtlicherseits entschieden bestritten, daß die Ausweisung Ahlwardt's angeordnet worden sei, oder daß auch nur in ähnlichem Sinne intervenirt worden wäre. Das Blatt meint, die neuere Haltung einiger Antisemitenführer habe Ahlwardt nicht ermuthigt, seinen Aufenthalt in Wien zu verlängern.

Wien. Der Kaiser hat die Wahl Lueger's zum ersten Bürgermeister von Wien bestätigt. Die amtliche Bekanntmachung der Bestätigung soll am Donnerstag erfolgen. — Ahlwardt, der gestern Abend bei einer von den Antisemiten veranstalteten Lueger-Feier sprechen wollte, erhielt Nachmittags von antisemitischer Seite die

Weingrosshandlung H. Schönrock's Nachfolger
[illegible] Wilsdrufferstr. 14 u. [illegible] 27. Chemnitz: Neumarkt, [illegible]
Detailverkauf und Probirstuben bei den Geschäftsstellen.